

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3636—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatslohn 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten) oder 1,24 M Postgebühren. Bei Fernbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. • [Anzeige] 15 Pf. • Nr 459

SONNABEND, 24. SEPTEMBER 1932

MORGEN-AUSGABE

Einigung im Reichskabinett

Ueber Kontingente und Zinsenkung

Das Reichskabinett hat gestern eine Einigung über die geplante landwirtschaftliche Hilfe, in erster Linie also über die Kontingentierung der Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten aus dem Ausland und über die Zinsenkung erzielt. Ueber den feststehenden Inhalt der Einigung hat die Regierung ihreres Stillschweigens angeordnet. Sie will die Tendenz ihrer Bestrebisse dadurch unterstreichen, daß sie durch die Rede des Reichsernährungsministers Freiherr von Braun vor einem landwirtschaftlichen Gremium am Montag in München die Öffentlichkeit über ihre Absichten unterrichtet.

Welche Schwierigkeiten für das Kabinett zu überwinden worden, ergibt sich schon aus der langen Dauer der Beratungen. Zunächst war wochenlang in dem wirtschaftspolitischen Ausschuß des Kabinetts verhandelt worden, der sich aus dem Reichsernährungsminister, dem Wirtschaftsinminister, dem Außenminister und dem Reichsarbeitsminister zusammensetzte. In diesem Ausschuß wurde eine Einigung nicht erzielt worden, so daß sich der Reichskanzler bei seiner Rede in München auf die Abstimmung von der „maßvollen Regelung der Einfuhr“ beschränken mußte. Auch am Montag dieser Woche wurde in einer Kabinettsitzung, die ursprünglich schon Bestrebisse bringen sollte, eine Einigung nicht erzielt. Es wurde vielmehr noch ein besonderes Gremium wirtschaftlicher Sachverständiger einberufen, schon um die festigen Vorteile, die aus den Steuern der Zölle und des Handels einziehen, irgendwo abzugleichen. An den Sachverständigen-Beratungen nahm auch die Reichsbank teil, die auch bei der geläufigen Entscheidung im Kabinett beteiligt war.

Für die Kontingentierung der Einfuhr hatte das Reichsernährungsministerium eine Liste von Waren vorgelegt, die so umfangreich war, daß sie fast alle wichtigsten Einfuhrartikel umfaßte. Zur wenige Warengruppen wie Getreideweizen und Obst fanden einstimmige Billigung, während bei den meisten erhebliche Differenzen auftraten, die nur dadurch beseitigt werden konnten, daß die Liste der Waren, die der Kontingentierung unterworfen werden sollen, wesentlich verkleinert wurde. Man hat auch mit bereits mitteilten, beschlossen, von einer einseitigen Einfuhr der Fruchtsäfte abzusehen. Es sollen zunächst Verhandlungen mit den Ländern, bei denen handelsvertragliche Bindungen

bestehen, geführt werden. Dementsprechend dürften die Bestrebisse des Kabinetts in eine allgemeine Rahmenentscheidung geteilt worden sein.

Um den landwirtschaftlichen Forderungen für die Zinsenkung gerecht zu werden, hat sich das Kabinett auf das von uns bereits angeführte Kompromiß geeinigt. Die generelle Zinsenkung ist erst dann aufzuheben, wenn eine entsprechende Reduktion der Zinsen der landwirtschaftlichen Hypothekendarlehen, die einen bestimmten Mindestsatz übersteigen. Es sollen neue niedrig verzinsliche Pfandbriefe ausgegeben werden. Das Reich wird wohl für diese Pfandbriefe eine Garantie übernehmen. Es wurde die Zahl von 300 Millionen dafür genannt.

Reichsminister kommen

Als Zeugen vor dem Ausschuß

Das Reichskabinett hat die Ladung des Reichstagsausschusses zu einer Zeugnenernehmung aus den Reichsministern, dem Außenminister, dem Reichsfinanzminister und dem Staatssekretäre Bland erhalten. Das Kabinett stellt sich auf den Standpunkt, daß in den bisherigen Verhandlungen des Überwachungs-ausschusses über die letzte Reichstagsanfrage zu späterer Unrichtigkeit ausgeht, was eine Klärung bringend nötig sei. Der tatsächliche Verlauf der Reichstagsanfrage soll nach Meinung des Kabinetts vor der Öffentlichkeit geklärt werden. Zu diesem Zweck werden die geladenen Mitglieder der Reichsregierung in der Dienstsitzung des Ausschusses erscheinen, wobei der Ausschluß lediglich als Unterlassungsausschluß, nicht als Ausschluß zur Bekämpfung der Rechte der Reichsvertretung, betrachtet wird.

Eine politische Vertretung der Reichsregierung in den Reichstagsausschüssen wird nicht vor dem demnächstigen Reichstagspräsidenten Göring seine bisherige Auffassung, die Reichstagsabstimmungen seien rechtskräftig, widerrufen.

Der Reichskanzler in Schprengen

Reichskanzler von Papen ist nach Abschied der heutigen Kabinettsitzung nach Schprengen abgereist. Es wird den Reichstagsmitgliedern Cambränen befohlen, um an Ort und Stelle die dortigen besonderen Notfälle kennenzulernen. Am Dienstag früh wird der Reichskanzler wieder in Berlin ein.

Simon besucht Neurath

Ein englischer Vermittlungsführer

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 23. SEPTEMBER

Der englische Außenminister Sir John Simon hat sich heute abend um 6.30 Uhr in das Carlton-Hotel zum deutschen Außenminister, Freiherrn von Neurath, begeben, um ihm seine Aufstellungen, wie man in englischen Kreisen sagt, über den Sinn der englischen Note zu geben und wohl auch, wie man hinzusetzt, einen Versuch zur Einleitung der nicht zuletzt infolge dieser Note reichlich verbesserten Genfer Situation zu machen.

Von beiden Seiten wird über den Inhalt des geschiedenen Stillschweigens berichtet, aber es erfahren gleichwohl, daß die beiden Minister das gesamte Abklärungsproblem durchgeprochen haben. Dabei sind insofern von seiner Seite irgendwelche bestimmten Vorschläge gemacht worden, und es ist sich auch eine Fortsetzung der Besprechungen bisher nicht vereinbart worden. Man nimmt in unterrichteten Kreisen an, daß Sir John Simon, der sich wohl noch einmal genau über die deutsche Stellungnahme in der Gelehrtenfrage-Frage und über die deutsche Auffassung von der Verantwortlichkeit informieren wollte, vorerst seinerseits mit der französischen Delegation Alltagsprache nehmen wird, bevor er die Vermittlungstätigkeit, die er sich ohne allen Zweifel zum Ziele seines Genfer Aufenthalts gesetzt hat, mit Aussicht auf Erfolg weiterführen kann.

Inzwischen wird in den Kreisen der deutschen Delegation eine weitere Meinung ganz energig bemerkt, die wissen will, daß Deutschland sich an eine außerordentliche Ratssitzung (Sopann) gewandt habe, um sie zu einer Vermittlung in der Gelehrtenfrage-Frage zu veranlassen. Ein beratig wichtiger Versuch ist von deutscher Seite nicht gemacht worden, und es war von vornherein anzunehmen, daß es sich um eine gänzlich missverstandene Auslegung eines Genfer Gelehrtenrats handelt.

In der deutschen Delegation vertritt man übrigens noch vor dem Standpunkt, daß zu einem solchen Schritt auch nicht die mindeste Berechtigung vorliegt. Die deutsche Regierung noch Gleichberechtigung im Abstimmungen sei so festzuhalten und so klar, daß es nur einer politischen Antwort von der anderen Seite bedürfe, um die Frage zu regeln. Was liegt hier bei der Ablehnung Frankreichs und die schmerzliche Note Englands vor, und solange sich auf der anderen Seite keine Meinungsänderung zeigt, könne und werde Deutschland eben an den Abklärungsverhandlungen nicht teilnehmen. Die deutsche Regierung wird auch dem Konferenzpräsidenten Jeneberon auf sein Schreiben nicht mehr antworten, denn so sehr auch die gute Stimm des Präsidenten Jeneberon anerkannt wird, so herbeistillt sein Verfahren die Abklärungsverhandlung vorwärts zu bringen, so ist es nach Meinung maßgebender Kreise der deutschen Delegation doch zwecklos, eine Diskussion der Frage mit dem Konferenzpräsidenten zu beginnen.

Manöverkritik

Die Lehren von Frankfurt

Obwohl die Manöverleitung bei den diesjährigen Herbstmanövern von vornherein betont hat, daß den Lehren der Reichswehr kein militärpolitischer Charakter unterliegt und daß militärpolitische Betrachtungen zum Erkenntnis aus diesem Manöver abwegig seien, hat sich in der deutschen und der französischen Presse schon eine lebhafteste Diskussion über die „Lehren von Frankfurt“ ergeben. Die Frage, ob Berlin genügend gelehrt sei, beherzigt die Stände.

Ohne Zweifel ist erwiesen, daß Deutschland die wichtigsten Verteidigungsmassen stellen und daß sein Heer nicht nach den Grundrissen einer modernen Truppenführung organisiert ist. Dieser Erkenntnis wegen hätte man aber kein Manöver abzuhalten brauchen; je ist nicht nur all, sondern auch im Ausland schon weit verbreitet. Aus dieser Erkenntnis resultierte Deutschlands Kampf um die Abklärung der anderen, der einmütig von der ganzen Nation getragen wird.

Der andere Streitpunkt, die Frage der Sicherheit Berlins vor einem feindlichen Angriff aus dem Osten, ist durch dieses Manöver keineswegs einwandfrei beantwortet worden. Weder wurde eindeutig gezeigt, daß ein Angriff ohne große Schwierigkeiten bis zur Reichshauptstadt durchgeführt werden könnte, noch wurde klargelegt, ob die Ober gelegten ist, einen Vorstoß aufzuhalten. Selbst wenn man nach den Geschehnissen eines Manövers die Kampfhandlungen wertet und sieht, wenn man dann die Manövererlebnisse als brauchbar für den „Genffall“ betrachten wollte, bliebe die Frage unbeantwortet.

Denn zwar ist es dem „roten“ Angreifer in diesem Manöver gelungen, auf Pontons und schwimmenden Kanonenkorps auf das linke Ufer zu werfen und dem blauen Landwehrbataillon damit eine Schlacht aufzuzwingen, die blau nur durch ein Wunder hätte gewinnen können. Aber wenn jemals durch eine Manöveraktion nichts bewiesen werden, dann durch diese Überquerung der Oder. Sie war imponierend, begeistern, dramatisch, aber aber jeder Realität. Nicht die kleinste Einzelheit dieser Aktion wäre im Genffall für durchzuführen gewesen, wie sie in diesem Manöver durchgeführt wurde. Und der blaue Gegner, der im Genffall seinen Gegner zu ungeschlagen hätte arbeiten lassen, wie es in diesem Fall blau tun mußte, wäre wahrscheinlich schon innerhalb von 48 Stunden vor ein Kriegsgericht gekommen.

Entfall somit die wichtigste der angeblichen strategischen Manövererlebnisse, dann stellt die zweite, die von der notwendigen Motorisierung moderner Armeen, auch nur noch auf tönernen Füßen. Das soll nicht heißen, daß der Gedanke der Motorisierung schiefer oder vielleicht unangebracht wäre. Nur wird man sich nicht vorstellen müssen, daß motorisierte Truppen in einem Genffall zu erweitern können wie in diesem Manöver. Genff, es wird immer wieder kommen, daß einzelne Kampftruppenteile, aus kleine Abteilungen von Kraftfahrzeugen sind einander aufzufolge durchgeführt, und deswegen war der Zwischenfall beim Deutzer Brückenbau besonders lehrreich und naturgemäß. Aber daß wie in diesem Manöver die gesamte motorisierte Truppe so zum Kampf angelegt werden kann, daß sie beinahe allein die Entscheidung herbeiführt, ist ganz ausgeschlossen.

Ueber die Motorisierung muß noch viel nachgedacht werden und es würde verwunderlich, wenn über ihre praktische Durchführung und über die Risiken für den Genffall und Anschlag auch nur bei der Führung, geschweige denn in der ganzen Arme einmütig erzielt werden könnte. Die Frage: Motorisierung oder nicht, scheint sich vielmehr zu einer Wechselseite für die Sachverständigen auszuwandeln. Dabei natürlich an die Rolle, die Tanks bei einem Stellungskrieg zu übernehmen hätten, nicht gedacht ist. Der Gedanke an einen Stellungskrieg ist bei der deutschen Arme ebenso unbedeutend wie bei den Armeen aller anderen Länder.

Selbst, nachdem man diese Betrachtungen und tatsächlichen Fragen außer Gesicht gebracht hat, die Frage nach dem Verhalten der Truppe. Das Urteil kann nur günstig lauten. Die Aufstellungsabgabe des einzelnen Mannes, seine feine Ausbildung, seine Fertigkeit haben die schwersten Prüfungen bestanden. Und wenn der „Angriff“ aus der unfortwährenden Beobachtung, daß in diesem Manöver einmal Soldaten aus den Hauptdienstern mit „Seil Hüter“ geantworrt haben sollten, als letzte Manövererlebnisse die Erkenntnis glaubt ziehen zu dürfen, daß die Velleitende des Stationsaufzugsismus auch die Arme erfaßt habe, dann liegt ihm für den „Genffall“ ein großes Gelingen bevor. Es ist nicht nur die Bestrafung, die den Soldaten die hinfertigere Beteiligung unempfindlich macht, es ist bei der übermäßigen Abwehr